

Kommentare

Grünen-Chef Reinhard Bütikofer kritisiert erneut den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Er stellt sich damit auch gegen Kanzler Schröder und den Koalitionspartner SPD.

Ein Parteichef auf dem richtigen Kurs

Von unserem Redakteur
Rainer O. Liepert

Einst war er nur der Notnagel an der Spitze der Grünen, heute ist er der profilierte Parteiführer. Da lässt es sich locker aufspielen. Erst kritisiert Bütikofer in einem vom ihm mitunterzeichneten internationalen Brief Schröders Duzfreund Wladimir, indem er diesem einen diktatorischen Kurs in Russland vorwirft. Jetzt tritt der Grünen-Chef nach und fordert vom Kreml ein rechtsstaatliches Verfahren gegen den inhaftierten Ölmilliardär Chodorkowski.

Vielleicht ist alles nur innenpolitische Wahlkampfübung, damit sich die Grünen weiter im Stimmenboom sonnen können, während die SPD noch im Umfragekeller hocken muss. Oder Arbeitsteilung der Koalition: Der Kanzler gibt den Staatsmann, der lieber diplomatisch auf W.P. in M. einwirkt, während sich Bütikofer unbelastet von einem Regierungsamt laut als Kritiker produziert.

Wie auch immer, der Mann hat Recht. Nicht von ungefähr haben Politiker aus SPD, CDU und FDP Bütikofer Putin-Appell unterzeichnet. In Russland tobt schließlich der Bär: Mehr als vier Jahre nach Putins Amtsantritt ist kaum eine der russischen Krankheiten geheilt: Weder weniger Korruption noch mehr Ordnung. Auch hat der Tschetschenienkonflikt das Land weiter fest im Griff. Putin wollte Russland zur „Diktatur des Gesetzes“ verhelfen. Inzwischen riecht es allerdings nach der Diktatur des Präsidenten – von St. Petersburg bis nach Wladiwostok.

Finanzminister Eichel nimmt Anlauf, und in diesem Jahr dürfte ihm der Rekord nicht zu nehmen sein – leider ein Negativrekord.

Heißer Herbst für den Finanzminister

Von unserem Korrespondenten
Christoph Slangen

Mit dem jetzt vom Kabinett beschlossenen Nachtragshaushalt steht der Bund vor der höchsten Neuverschuldung der Nachkriegszeit. 2003, als gleiches bereits drohte, blieb der Finanzminister in der Endabrechnung dann doch noch einmal unter Theo Waigels bisherigem Kreditrekord von rund 40 Milliarden Euro. In diesem Jahr sieht es nicht danach aus. Wegen des noch labilen Aufschwungs wäre es kontraproduktiv, ein hartes Sparpaket zu schnüren, um die Schuldenlast noch zu drücken.

Doch Eichels Probleme sind mit dem 31. Dezember nicht vorbei, im Gegenteil: Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die Steuerausfälle, die den Haushalt 2004 belasten, schreiben sich als Basiseffekt in die folgenden Etats fort. Und das in einer Situation, in der der dreimalige Maas-tricht-Sünder Deutschland versprochen hat, wenigstens 2005 die Drei-Prozent-Verschuldungsgrenze wieder einzuhalten.

Der Finanzminister muss sich also dringend überlegen, mit welchem Notfall-Plan er den Brüsseler Erfordernissen entsprechen will. Dass die Union fest eingeplante Einsparungen wie die Abschaffung der Eigenheimzulage ablehnt, macht seine Sorgen nicht geringer. Letztlich ist es Eichel allein, der die Mittel und Wege finden muss, um den Bundeshaushalt auf eine solide Grundlage zu stellen. Hans Eichel steht ein heißer Herbst bevor.

Karikatur des Tages



Die Rahmenbedingungen sind geschaffen...

Europäische Union

„Türkei-Beitritt würde die EU sprengen“

BERLIN - Vor einer Überforderung der EU durch einen Türkei-Beitritt warnt der CDU-Abgeordnete Matthias Wissmann. „Ein Türkei-Beitritt würde die EU sprengen“, sagt Wissmann, Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Unsere Redakteurin Sabine Lennartz sprach mit Wissmann in Berlin.

SZ: Die EU will Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufnehmen. Sehen Sie noch eine Chance für die von Ihnen geforderte privilegierte Partnerschaft?

Wissmann: Die endgültige Entscheidung, ob und wie Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen werden, wird nicht von der EU-Kommission getroffen, sondern vom Rat der Regierungschefs im Dezember. Wenn die Regierungschefs klug beraten sind, sollten sie diese Verhandlungen nicht nur auf eine Vollmitgliedschaft der Türkei konzentrieren, sondern auch gleichzeitig die Option einer privilegierten Partnerschaft in die Verhandlungen einbringen. Dann fände man eher einen gemeinsamen Weg zwischen der Türkei und Europa.

SZ: Die EU hat klare Vereinbarungen mit der Türkei. Würde sie nicht unglaubwürdig, wenn sie mit der privilegierten Partnerschaft einen ganz neuen Weg beschreitet?

SZ-Interview



Matthias Wissmann (CDU) sieht die EU durch einen Beitritt der Türkei überfordert. Foto: dpa

Wissmann: Es gab keine Vereinbarungen, sondern die Kriterien des Kopenhagener Gipfels, wo strenge Maßstäbe an die Türkei gestellt werden, von denen ich nicht glaube, dass sie alle erfüllt sind: Weil es immer noch zu viele Menschenrechtsverletzungen in der Türkei gibt, weil die christlichen Gemeinden immer noch höchst intolerant behandelt werden und weil die Europäische Union durch einen Beitritt der Türkei wirtschaftlich

und finanziell über die Grenzen gefordert wird.

SZ: Nun gibt es auch bei den Deutschen große Bedenken vor zu viel Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. Schröder sagt, man müsse keine Angst haben. Haben Sie Angst?

Wissmann: Ich habe Sorge. Wenn wir die Türkei als Vollmitglied aufnehmen, würde dies die Europäische Union sprengen. Es würde sie politisch und wirtschaftlich völlig überfordern. Und eine Zahl aus dem Bericht zeigt dies ja. Wenn selbst die Kommission sagt, dass die Leistungen, die man aus der Agrar- und Regionalpolitik an die Türkei zahlen müsste, zwischen 21 und 33 Milliarden pro Jahr betragen würden, dann kann man sich vorstellen, welche Last auf Deutschland und die Europäische Union zurollen würde.

SZ: Die deutsche Wirtschaft wirbt aber für den EU-Beitritt. Ist die Wirtschaft zu blauäugig oder hat sie zu sehr ihre Interessen im Auge?

Wissmann: Es steht natürlich viel verständliche Interessenpolitik dahinter. Aber diejenigen, die weiter schauen, müssen sich die Frage stellen, ob die Europäische Union ein Land von der Größe der Türkei und von den wirtschaftlichen und sozialen Problemen der Türkei verkräftet. Da nehme ich

den Rat des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt sehr ernst, der uns davor warnt, die EU zu überfordern.

SZ: Kann es denn nicht auch politisch von hohem Wert sein, wenn ein großes islamisches Land in der EU als Vermittler zwischen den Kulturen auftritt?

Wissmann: Mein Anliegen ist es ja gerade, zwischen einer Vollmitgliedschaft und ihren Risiken einerseits und einem Zuschlagen der Tür für die Türkei andererseits einen dritten Weg zu finden, um nicht durch ein Zurückstoßen der Türkei auch geopolitische Risiken heraufzubeschwören. Deswegen ist dieser dritte Weg, den kann man privilegierte Partnerschaft oder europäischer Wirtschaftsraum II nennen, eine ernsthafte Alternative zur reinen Fixierung auf die Vollmitgliedschaft. Ein Beitrittsautomatismus oder eine Fixierung auf die Vollmitgliedschaft wäre ein ganz gefährlicher Weg, ein Zuschlagen der Tür allerdings auch.

SZ: Befürworten Sie eine Volksabstimmung über den EU-Beitritt?

Wissmann: Ich bin skeptisch gegenüber plebiszitären Formen der Demokratie, aber wenn Rot und Grün Volksabstimmungen haben wollen, dann wird es eine Volksabstimmung über den Türkei-Beitritt geben.

Randnotiz

Kommt der Inder in der Nacht...

Deutsche Software-Experten drohen dem Inderwahnsinn zu verfallen, weil indische Computer-Sklaven für 100 Euro im Monat genauso gut Programmschreiber. Hier kommt endlich eine gute Nachricht für einheimische Programmierer: Als sich Gerhard Schröder gestern in Neu Dehli eine neue deutsch-indische Internet-Plattform vorführen lassen wollte, funktionierte gar nichts. Auch die herbeigeeilten indischen Experten konnten die Präsentation nicht retten. Ganz so fit am Computer scheinen die Inder also doch nicht zu sein. Keinerlei Funktionsstörungen zeigte dagegen ein Vibrator, der diese Woche zur Evakuierung eines australischen Flughafens führte: Eine Putzfrau hatte hinter dem verdächtigen Brummen in der Mülltonne eine Bombe vermutet. Dabei kann ein Vibrator allenfalls als Indiz für die Anwesenheit einer Sexbombe dienen. Was soll's. Wir jedenfalls würden uns freuen, wenn unsere Computer genauso zuverlässig wären wie ein Vibrator: Einfach einschalten, und los geht's. Vielleicht sollte Bill Gates mal bei Beate Uhse reinschauen. (lud)

Das Zitat



„Dass man unsere Gesellschaften auffüllen muss mit Leuten aus Zentralasien, aus dem mittleren Osten oder aus Schwarzafrika, das ist eine der Schnapsideen, auf die Intellektuelle kommen, wenn sie nicht genug nachdenken.“

(Helmut Schmidt, Altbundeskanzler und SPD-Mitglied, zur Bevölkerungsentwicklung in Europa). Foto: ap

Pressestimmen

Angela Merkel ist bedroht

Die Reformpolitik und die politische Stimmung in Deutschland kommentiert die römische „La Repubblica“: „Die Krise in der Sozialdemokratie, zunächst für unauffaltbar gehalten, hat sich nun auch in die Opposition verlagert, und dies bis zu einem Grad, dass sie auch die CDU-Vorsitzende Angela Merkel bedroht. Wenn es die Opposition aber nicht gelingt, die Verluste der Regierungspartei SPD, die unpopuläre Reformen durchsetzt, für sich zu gewinnen, dann bedeutet dies, dass sich die Stimmungen verändern. Diese Wende könnte aber mit der Zeit eine entscheidende Bedeutung für den Rest Europas annehmen. Wenn die Zäheigkeit von Kanzler Schröder belohnt würde, und das Modell Deutschland gestärkt und so länderliche wie Ballungsräume gleichermaßen bedient, bleibt offen.“

EU wird künftig härter sein

Zu den Aussichten Rumäniens und Bulgariens auf einen EU-Beitritt schreibt „De Morgen“ aus Brüssel: „Beide Länder sind Paradiese der organisierten Kriminalität, Drehscheiben des Menschenhandels und des Drogenschmuggels, und den Status echter parlamentarischer Demokratien können sie sich auch nicht wirklich zu messen. Darum hat die Europäische Kommission schon wissen lassen, dass künftig mit Kandidatenländern härtere Verhandlungen geführt werden. Brüssel wird sich nicht länger mit Versprechen über einführernde Reformen zufrieden geben, sondern wird erst ihre konkrete Verwirklichung sehen wollen. Dies wird für Bulgarien und Rumänien gelten und auch für Kroatien, mit dem die Beitrittsverhandlungen im kommenden Jahr beginnen.“

Internet-Aktion der SZ

Neue DSL-Geschichten: Sie haben doch Anschluss...

LEUTKIRCH (-lin) - Bei SZOn im Internet sind sie nachzulesen: Die Geschichten, die das Leben mit den schnellen Internetanschlüssen DSL schreibt. SZ-Leser sammeln ihre Erlebnisse – und die sind erstaunlich.

„Mein Neffe versucht seit zwei Jahren einen DSL-Anschluss in Achberg (Kreis Ravensburg, nördlich von Oberreitnau) zu erhalten – vergeblich“, berichtet ein SZ-Leser und fügt hinzu: „Ich selbst wollte DSL vor gut zwei Jahren in Langenargen – leider noch nicht verfügbar, war die Antwort. 14-tägig habe ich bei der Telekom nachgefragt, bis ich die Antwort erhielt: Das gibt es in Langenargen doch schon seit 7 Monaten... Das ist eine typische Arbeitsweise der Telekom!“

Solcher Ärger mit der DSL-Bereitstellung im ländlichen Raum staut sich auf. Seit die SZ ihre Leser aufrief, Erfahrungen zu schreiben und per Mail (redaktion@szo.de) ins Internetangebot der Schwäbischen Zeitung zu stellen, stapeln sich die Erfahrungsberichte aus dem gesamten Verbreitungsgebiet. Sie beziehen sich darauf, dass DSL oft nicht verfügbar ist und dass die Telekom mitunter zwar Alternativen anbietet, dafür aber preislich zulangt: „Ich wohne in Lindau im Ortsteil Oberreitnau. Meine Anfrage wegen eines DSL-Anschlusses wurde von der Telekom wie folgt beantwortet:



Der schnelle Zugriff auf das Web wird immer beliebter. Allein in Westeuropa nutzen etwa 20 Millionen Menschen die Vorteile eines Breitbandanschlusses. Es könnten schon viel mehr sein, auch in Deutschland. Doch vor allem im ländlichen Raum ist DSL oft nicht verfügbar. Das schafft Ärger. Foto: dpa

Eine DSL-Leitung liegt bis zum Ortsanfang (von Lindau aus gesehen). Ein Anschluss der restlichen (gesamten) Ortschaft ist nicht vorgesehen. Sollte ich persönlich einen Anschluss wollen, so kann eine Leitung mit der halben DSL-Übertragungsrate geschaltet werden. Die Kosten würden sich dann aller-

dings auf 99,50 Euro pro Monat (!) belaufen. Wir haben dann großzügigerweise verzichtet.“ Dass für die halbe Leistung viel mehr bezahlt werden muss als für die komplette, leuchtet den Kunden nicht ein. Ebensovienig können sie nachvollziehen, warum der Komplettausbau nicht betrieben wird

und Ausbaupläne wie Geheimsachen behandelt werden. Die Telekom sagt: Zu teuer. Aber wie teuer, das ist nicht recht in Erfahrung zu bringen.

Auch warum das Unternehmen, das immerhin noch zu einem großen Teil staatlich begünstigt arbeiten kann, keine Mischkalkulation aufmacht und so ländliche wie Ballungsräume gleichermaßen bedient, bleibt offen.

„Eine große Sauerei...“

Der Ärger darüber ist groß: „Auch ich versuche schon seit etwa zwei Jahren DSL zu bekommen, aber die Telekom sagt, die Bandbreite sei zu gering. Ich wohne in Rißtissen im Ortsnetz Laupheim, die Stadt Laupheim ist mit DSL versorgt, die Telekom sagt, ich wohne zu weit von der Vermittlungsstelle entfernt. Ich finde es eine große Sauerei viel Werbung für DSL zu machen, und am Ende bekommt man es doch nicht. Dabei müsste die Telekom doch nur was an Ihrer Technik verändern.“

So sieht es ein Leser, und weitere DSL-Geschichten stehen unter www.szo.de/dsl im Internet. Wer eigene Erfahrungen ins Forum stellen will mailt an: redaktion@szo.de – die SZ wird die gesammelten Erfahrungen bis Ende des Monats der Telekom vorlegen.